

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Energiewende für alle – Balkonsolaranlagen fördern

Bremen hat sich zum Klimaschutzabkommen von Paris und dessen Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C zu begrenzen, bekannt. Für das Bremer Klimaziel bis 2033 bedeutet das eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 einschließlich der Stahlwerke um 85 Prozent.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das gesamte System der Energieversorgung und der Energienutzung völlig neu strukturiert wird. Effektiver Klimaschutz wird nur durch einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung und einen Umstieg auf Erneuerbare Energien erreicht. Potenziale gibt es in Bremen insbesondere bei der Nutzung von Sonnenenergie zur Stromerzeugung. 2062,6 Sonnenstunden sind im Jahr des Hitzerekords 2018 in Bremen gemessen worden. Durch den Klimawandel werden auch in Zukunft die Sonnenstunden in Bremen eher zunehmen als abnehmen.

In Bremen und Bremerhaven sind derzeit (Juni 2021) zusammen rund 57 MW Photovoltaikleistung installiert. Die Möglichkeiten sind jedoch um ein Vielfaches größer: Laut Solardachkataster ist allein auf den Dachflächen in Bremen und Bremerhaven eine theoretische Spitzenleistung von 1.550 MW und eine jährliche Stromerzeugung von 1.410 GWh möglich. Das entspricht gut 40 Prozent des derzeitigen Stromverbrauchs im Land Bremen (ohne Stahlindustrie) – auch wenn das tatsächlich realisierbare Potenzial geringer ist, weil Dachanlagen in vielen Fällen Statik oder Wirtschaftlichkeit entgegenstehen.

Mit dem Landesprogramm Solar Cities Bremen und Bremerhaven sollen zukünftig der Ausbau der Solarenergienutzung im Land Bremen stark und sozial verträglich beschleunigt und alle geeigneten öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden.

Allerdings eignen sich nicht nur Dächer zur Anbringung einer Photovoltaikanlage. Sogenannte Balkonsolaranlagen, auch Balkonkraftwerke oder Guerillasolar genannt, bieten auch Menschen ohne Eigenheim die Möglichkeit, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen und die Erzeugung von Solarenergie durch Photovoltaik damit auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Seit der Änderung der DIN VDE 0100-551 im Herbst 2018 sind diese Solaranlagen im Kleinformat auch in Deutschland erlaubt und können in jedem Stromkreis normgerecht angeschlossen werden.

Balkonsolaranlagen, der Fachbegriff lautet steckerfertige Erzeugungsanlagen, können durch das „Plug-and-Play-System“ einfach und ohne großen Aufwand mit dem Haushaltsnetz verbunden werden. Großflächige Dächer werden nicht benötigt, für die Installation sind meist keine baulichen Veränderungen nötig, die Anbringung erfolgt zum Beispiel am Balkongeländer. Bei einem Umzug können sie abmontiert und woanders wieder angebracht werden. In der Anschaffung sind sie relativ günstig, zwischen 300 und 1.200 Euro, und sie rechnen sich schon nach kurzer Zeit.

Der erzeugte Strom kann für den Grundverbrauch eines Haushaltes, z. B. für Kühlschrank, Router und PC genutzt werden. Verfügt die Anlage über einen Stromspeicher, können sogar Reserven aufgebaut werden. Durch eine Installation einer Balkonsolaranlage wird in einigen Fällen ein Zählerwechsel auf eine moderne Messeinrichtung (mit Erfassung beider Energierichtungen) bzw. ein intelligentes Messsystem notwendig. Die Westnetz GmbH Trier bietet den Austausch im Rahmen der Anmeldung an.

Um die Bremer Klimaschutzziele zu erreichen und die Erderwärmung zu begrenzen, ist es wichtig, möglichst alle Menschen einzubeziehen und vom Klimaschutz zu überzeugen. Dazu ist es wichtig, deutlich zu machen, dass viele Maßnahmen des Klimaschutzes schon heute die Lebensqualität verbessern.

Durch Balkonsolaranlagen können sich viele Haushalte positiv an der Energiewende beteiligen. Dafür braucht es Förderprogramme, die es auch Menschen ohne oder mit geringem Einkommen ermöglichen, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. sich beim Netzbetreiber Wesernetz dafür einzusetzen, dass ein weiter vereinfachtes Meldeverfahren (Formularblatt) und ein kostenloser Zählerwechsel (entsprechend Westnetz Trier) für den Betrieb von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden und dabei zu prüfen, ob und wie auf die Verpflichtung zur Installation von Energiesteckdosen oder einen Zählertausch verzichtet werden kann;
2. sich bei den Bremer Energieversorgern dafür einzusetzen, dass sie attraktive „Pauschalpakete“ (Module, Elektroarbeiten, bei Bedarf Zählertausch) für die Kund:innen anbieten, die an die Energieberatung beispielsweise bei der Verbraucherzentrale Bremen oder energiekonsens gekoppelt sind;
3. in Kombination mit Energiesparberatungen ein Pilotprogramm zur Bezuschussung der Anschaffung von Balkonsolaranlagen für Mieter:innen, insbesondere für Sozialleistungs- und Wohngeldempfänger:innen, sowie für Transferleistungsbezieher:innen, die in Wohneigentum leben, aufzulegen, damit diese sich die Anschaffung leisten und von den Stromeinsparungen profitieren können;
4. bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften in Bremerhaven und Bremen dafür zu sorgen, dass bei Neubauten und Sanierungen an den geeigneten Stellen („Sonnenstunden“) Energiesteckdosen installiert werden, sofern nicht ohnehin Photovoltaikanlagen an Fassaden oder Balkonen installiert werden;
5. sich bei den Elektroinnungen Bremerhaven-Wesermünde und Bremen dafür einzusetzen, dass auch sie mit ihren Betrieben ein „Installationspauschalpaket“ entwickeln, das insbesondere bei den Energie-Checks beworben wird;
6. der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie binnen eines Jahres nach Beschlussfassung zu berichten.

Ingo Tebbe, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und
Fraktion DIE LINKE

Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und die
Fraktion der SPD